

# Krautauer Zeitung.

Nr. 248,

Montag, den 29. October

1860.

Die „Krautauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementspreis: für Krautau 4 fl. 20 Nkr., mit Befreiung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. — Inzerationsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile für 1 Nkr. — Inzerat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krautauer Zeitung“. Zusendungen werden franco erbeten.

## Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entscheidung vom 16. October d. J. dem Finanzwach-Residenten Anton Machost, in Anerkennung seiner vielfährigen treuen und ganz tadellosen Dienstleistung, das silberne Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen gerüht.

Der Minister für Kultus und Unterricht hat den bisherigen Gymnasialsupplenten, Ferdinand Tabcau in Sambor, zum wirklichen Lehrer am Gymnasium in Sambor ernannt.

## Nichtamtlicher Theil.

Krautau, 29. October.

Dem Statut für Steiermark ist bereits ein Statut über die Landesvertretung im Herzogthume Kärnten gefolgt. Auch im Herzogthume Kärnten hat als Landesvertretung zur Berathung und Beforgung der in diesem Statute bezeichneten Landesangelegenheiten der Landtag und der ständige Landtagsausschuß zu bestehen. Der Landtag besteht unter der Leitung und dem Vorhabe des vom Kaiser ernannten Landeshauptmannes aus sechs und dreißig Mitgliedern.

Aus der Geistlichkeit haben sich und Stimme im Landtage: Dr. Fürstbischof von Gurk, Ein von Gurker Domkapitel aus seiner Mitte gewählter Abgeordneter, der Abt des Benediktinerstiftes St. Paul, Ein Abgeordneter, welchen die Pöbste zu Böckermarkt, Unterdrauburg, Eberndorf, Gurnitz, Straßburg, Kraig, Wiering und Maria Thal mit den drei Präbosten zu Friesach, zu St. Bartholomä, St. Maurig und am Virgilenberg und mit dem Stadtpfarrer in Klagenfurt aus ihrer Mitte wählen, Ein von den Administratoren der deutschen Ritters-Ordens-Commenden zu Friesach und Pust und der Malteser-Ritters-Ordens-Commende zu Reiberg aus ihrer Mitte gewählter Abgeordneter.

Die Besitzer eines landtäflichen Gutes in Kärnten, welche von diesem Besitze wenigstens Einhundert und fünfzig Gulden Realsteuer jährlich entrichten, oder Angehörige einer mit der Landstandschaft in Kärnten theilhaftigen adeligen Familie sind, wählen aus ihrer Mitte acht Mitglieder in den Landtag, wovon wenigstens vier dem landständischen Adel angehören und wenigstens vier von ihrem landtäflichen Besitze Einhundert und fünfzig Gulden Realsteuer oder mehr entrichten müssen.

Die Besitzer von Fabriken und Montanwerken in Kärnten, welche davon wenigstens Einhundert Gulden Erwerbsteuer jährlich entrichten und wobei zehn Gulden Erwerbsteuer Einem Gulden Bergfrohe und Maßengebühr gleichhalten sind, haben aus ihrer Mitte drei Abgeordnete in den Landtag zu wählen.

Für die Städte nehmen Theil am Landtag sechs Abgeordnete, darunter zwei Abgeordnete der Stadt Klagenfurt. Die Vertreter der Stadt Klagenfurt werden vom Gemeinderathe aus seiner Mitte gewählt. Die Wahl der Abgeordneten für die übrigen Städte wird in der Art vorgenommen, daß je drei vom Gemeinderathe jeder dieser Städte aus seiner Mitte gewählte Mitglieder an dem vom Landeshauptmanne bestimmten Orte zusammenkommen und die Abgeordneten wählen. Diese Abgeordneten müssen der Gemeindevertretung einer bei ihrer Wahl mitwirkenden Stadt angehören.

Die Mitglieder der Handels- und Gewerbekammer zu Klagenfurt wählen zwei Landtagsabgeordnete; diese müssen für die Handelskammer wählbar und in deren Bezirke wohnhaft sein und jährlich mindestens fünfzig Gulden Real- oder Erwerbsteuer im Lande entrichten.

Die außer den Städten im Lande vorhandenen Gemeinden werden in Landtage durch zwölf Abgeordnete vertreten. Die Vertreter der Landgemeinden müssen einer Gemeinde ihres Wahlbezirkes angehören und für die Gemeindevertretung dafelbst wählbar sein und in diesem Bezirke einen Grundbesitz haben, von welchem eine jährliche Realsteuer von wenigstens zwanzig Gulden entrichtet wird. Zur Vornahme der Wahl treten aus jeder Gemeinde des Wahlbezirkes der Gemeindevorsteher und ein vom Gemeindevorsteher aus sich gewähltes Mitglied an einem vom Landeshauptmanne zu bezeichnenden Orte des Wahlbezirkes zusammen.

Der Fürstbischof von Gurk und der Abt von St. Paul sind im Falle ihrer Verhinderung berechtigt, einen Stellvertreter, Ersterer aus dem Diözesan-Kurathen, Letzterer aus den Stiftsmitgliedern in den Landtag zu senden.

Für alle gewählten Abgeordneten werden gleichzei-

tig mit ihrer Wahl auch die Wahlen ihrer Stellvertreter vorgenommen.

Für den landtäflichen Gutsbesitz werden vier, für den Industrialbesitz zwei, für die Stadt Klagenfurt und für die Handels- und Gewerbekammer je ein Stellvertreter und sonst für jeden Abgeordneten ein Stellvertreter gewählt.

Hinsichtlich der Wählbarkeit und der Wahl gelten für die Stellvertreter die nämlichen Bestimmungen, wie für die Abgeordneten.

Die Bestimmungen über die allgemeinen Erfordernisse zur activ n und passiven Wählbarkeit, dann über die Funktionsdauer, Wirksamkeit und Geschäftsführung des Landtages stimmen mit jenen des Statuts für Steiermark überein.

Aus Warschau, 26. Octbr., Abends, wird gemeldet: Die Zusammenkunft hat bis zu ihrem Ende einen persönlichen Character bewahrt. Bei der am letzten Donnerstag stattgehabten Besprechung der Monarchen und ihrer Minister wurden keine Speculationen, keine Verabredungen irgend welcher Art getroffen; nicht einmal ein Protocol wurde aufgenommen.

Von Paris aus wird berichtet, in Warschau sei der Vorschlag eines Congresses in Betreff Italiens angenommen worden. Das würde allerdings den französischen Wünschen entsprechen, ist aber bis jetzt in keiner Weise anderweitig beglaubigt.

Das „Journal des Debats“ bringt einen Artikel über den vom „Constitutionnel“ angerathenen Kongreß, worin dieses Lösungsmittel gerade nicht bewundert wird. Die Preussische Mahnung an Piemont wird für höchst unpassend erklärt, ein Kongreß könne hinforn nicht stattfinden, ohne daß Italien als Großmacht auf demselben tage. Die „A. Z.“ bemerkt dazu: Es sind zwölf Jahre her, da schrieb man aus Paris über die neubegründete Französische Republik in noch vollkommeneren Tiraden als heute über Italien. Statt der Republik herrscht heute in Frankreich Louis Napoleon.

Der londoner „Herald“ macht bei Besprechung des Constitutionnel-Artikels folgende wenig schmeichelhafte Bemerkungen: „Es kommt über das imperialistische Bewusstsein, so oft zwei oder drei continentale Monarchen zusammenkommen, eine fast lächerliche Unruhe. Wie der Mann von zweifelhaftem Rufe, der jedes Flüsterwort auf sich bezieht, so kann E. Napoleon sich nicht des Glaubens erwehren, daß königliche und kaiserliche Personen, wenn sie einander begegnen, wenig Gutes von ihrem abwesenden Bruder sprechen. Die Voraussetzung ist vielleicht nicht unbegründet. Es nimmt uns nur Wunder, daß ein so feiner Diplomat wie E. Napoleon seine Stimmung verräth. Eine ruhige Gleichgültigkeit gegen das Kommen und Gehen in Warschau würde der Politik der französischen Regierung ein viel besseres Ansehen gegeben haben. So jedoch beginnt die Welt zu denken, daß die guten Herren in Warschau wirklich wunderbare Enthüllungen machen könnten, und daß E. Napoleon guten Grund haben muß, in Angst zu sein, da er sich so sehr abmüht, um seine Unschuld zu beweisen.“

Wie man der F. P. Z. versichert, hat der Prinzregent von Preußen von Coblenz die Ermächtigung mitgenommen, über die Stellung Englands speciell zu der italienischen Frage in ihrem gegenwärtigen Stadium Erklärungen in Warschau abzugeben, welche an Bestimmtheit fast noch über die Sprache der bekannten Note Lord John Russell's an den englischen Gesandten in Turin hinausgehen, und zugleich der Bereitwilligkeit des englischen Cabinets Ausdruck zu geben, auf Grund dieser Erklärungen mit den in Warschau vertretenen Regierungen sich in ein näheres Einvernehmen zu legen.

Das „Journal de St. Petersburg“ nimmt aus der Nachricht über die in der Turiner Kammer erfolgte Abstimmung bezüglich des Annerionsdekrets noch einmal Anlaß, sich gegen die Sardinische Politik sehr energisch zu erklären, und sagt dabei u. a.: „Was auch werde, wenn Europa aus Gründen, welche es für höher hält und welche die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens berühren, das in Italien vor sich gehende Werk nicht zerstört, sind es zwei Mächte, welche stehen bleiben und gegen die vollbrachten Thatfachen protestiren werden: das allgemeine Bewusstsein, welches Piemont verdammen wird, und die Rechte der Souveraine, welche außer Besiz gesetzt wurden. Der Tag der Genugthuung und die Strafe werden kommen, vielleicht langsamen Schrittes, aber doch sicher!“

Die Nachricht über die Erklärung Preußens an Rußland, es sei zur Abberufung des Gesandten vor Turin zu spät, da man dies bei den frühesten Anner-

nen nicht gethan habe, ist, nach Angabe einer Berliner Correspondenz der „A. Z.“ unrichtig und wahrscheinlich aus einem mißverstandenen Satze des Geleitens entstanden, mit welchem die preussische Oktober-Note den verschiedenen Regierungen mitgetheilt wurde.

„Daily-News“ bemerkt: Die Schlüsse, welche aus dem Artikel der „Preuß. Ztg.“ über die Zusammenkunft in Koblenz gezogen wurden, sind vollständig falsch. Die Zusammenkunft in Koblenz hat die Englische Politik nicht modificirt. — Die Depesche Lord Russell's an Sir Hudson vom 31. August hat das Princip der Nichtintervention nicht verlegt. Es war höchst wahrscheinlich, daß Oesterreich, von Preußen unterstützt, siegreich gewesen wäre. Herr v. Thovenel hatte dem Fürsten Metternich erklärt, daß Frankreich, im Falle Piemont unterläge, diesem den Besitz Lodi-cana's und der Romagna nicht garantiren würde. Die Note vom 31. August, indem sie die Gefahr eines Angriffes auf Venedig darstellte, war daher ein Italien geleisteter Dienst.

In der Bundestags-sitzung vom 27. d. erstattete Sardinien die Anzeige von der Blockade Ancona's. Die Versammlung beschloß, die Anzeige einfach ad acta zu legen, und erklärte bei diesem Anlaß, der Politik Sardinien in Italien überhaupt nicht zuzustimmen zu können. Das Bewaffnungssystem der Bundesbesetzungen mit gezogenen Geschützen wurde als zweckmäßig anerkannt und Preußens Anerbieten dankbar angenommen.

Aus München, 26. October, wird telegraphisch gemeldet: Die Nachricht, Baiern habe sich verpflichtet, im Falle eines neuen italienischen Krieges beim Bundesrathe die Erklärung zu beantragen, Venedig's Verbleiben bei Oesterreich sei im deutschen Interesse gelegen, wird hier in gut unterrichteten Kreisen für begründet erklärt.

In Rom circulirt abdriftlich ein Brief Napoleons an den Paps, worin dieser über den neuesten Länderverlust mit begütigenden Worten beruhigt wird: das Italien des Augenblicks sei ein vorübergehendes, in jeder Hinsicht provisorisches. Der Paps werde wieder bekommen, was er zuvor gehabt, doch nicht durch Frankreich, nicht durch Oesterreich, sondern von einem allgemeinen Fürstentag. Die Zusammenkunft in Warschau aber müsse das einleiten, und deshalb möge der Paps auch seinerseits die Einladung Napoleons dorthin den beiden Kaisern von Oesterreich und Rußland indirect insinuiren. Doch der Paps, durch eine lange Reihe trauriger Erfahrungen getäuscht, hat das Ansinnen zurückgewiesen.

Wie der Pariser Correspondent der „Prager Ztg.“ meldet, ist in diesem Augenblicke dem Paps und zwar durch Vermittlung Frankreichs ein Vorschlag unterbreitet, sich mit Piemont in der Weise auseinander zu setzen, daß der Paps den Annerionen des Kirchenstaats, so weit das Patrimonium Petri nicht in Frage stehe, keinen Widerspruch entgegensetze, Piemont dagegen sich zur Zahlung einer jährlichen Rente verpflichte, deren Betrag in keinem Fall geringer als mit der Hälfte des Durchschnitts-Einkommens, welches der hl. Stuhl in den letzten zehn Jahren aus den zu annectirenden Ländern gezogen, festzusetzen sei. Frankreich würde eine solche Uebereinkunft unter seine Garantie nehmen und sich außerdem anheißig machen, das jährliche Einkommen des päpstlichen Stuhls nicht bloß von sich aus durch eine feste jährliche Beisteuer zu erhöhen, sondern auch die übrigen katholischen Mächte zu bestimmen, eine entsprechende ähnliche Beisteuer zu demselben Zweck zu leisten.

Aus Paris wird gemeldet: Die Chancen des Königs von Neapel haben sich in der letzten Zeit bedeutend gebessert. Ein bekannter Mann von bedeutender Stellung hat dem Herrn Vereire darüber Winke gegeben und ein Consortium hiesiger Capitalisten hat dem bourbonischen Hofe zu Gaeta ein Anlehen angeboten. Wie ich höre, hat man nachträglich Anstand genommen, daß Pariser Banquiers direct dieses Anlehen negociiren, und es ist daher ein bekanntes Kölner Bankhaus mit der Unterhandlung betraut worden.

Aus Turin schreibt man der „A. Z.“, daß auf Befehl der französischen Regierung die Vaterschiffe, die den Postdienst zwischen Marseille und Rom haben, jedesmal nach Gaeta gehen, um die Depeschen des Königs Franz II. in Empfang zu nehmen.

Es heißt, der König von Schweden beabsichtigt in St. Petersburg einen Besuch abzustatten. Nach einem Schreiben der „Schl. Z.“ aus Petersburg, ist es gewiß, daß Alexander II. gegen den dortigen Gesandten Schwedens den Wunsch ausgesprochen hat, den König in nächster Zeit bei sich zu sehen.

Wie dem Reuterschen Bureau aus New-York vom 13. d. M. gemeldet wird, führte dort ein Mensch-

während einer Procession einen heftigen Schlag gegen den Prinzen von Wales und insultirte denselben. Der Prinz wich dem gegen ihn gerichteten Schläge aus. Der Thäter, den man für wahnsinnig hält, war ein Engländer.

Wien, 26. October. In eine Analyse des Statuts für die Landesvertretung des Herzogthums Steiermark brauche ich mich nicht einzulassen da es den Lesern der „Krautauer Zeitung“ schon aus dieser bekannt ist. Wer dasselbe mit dem Handschreiben Sr. Majestät vom 20. Oct. an den Staatsminister, Grafen Goludowski über die Grundsätze der zu erlassenden Landesstatute vergleicht, wird die Uebersetzung gewinnen, daß das steiermärkische Statut diesen Grundsätzen nicht nur entspricht, sondern weit mehr gewährt, als nach einer strikten Beschränkung auf diese allein zu gewähren war. Namentlich ist auch dem Princip der Oeffentlichkeit, das dem ganzen jetzigen Geiste Oesterreichs und der kaiserlichen Regierung entspricht, die gebührende Rechnung getragen worden. Auch trägt das Statut das Princip der Vervollkommnung in sich, da im §. 38 bestimmt wird: „Zur Gültigkeit eines auf Aenderungen in dem gegenwärtigen Statut abzielenden Antrages wird die Zustimmung von wenigstens zwei Dritteln der Gesamtzahl aller Mitglieder erfordert.“ Wenn man ermesen will, was der Steiermark durch das neue Landesstatut für umfangreiche öffentliche Rechte und Freiheiten zugewachsen sind, so muß man dasselbe mit der Zusammenfassung der Landesvertretung vor dem März 1848 und mit der vollendeten politischen Richtigkeit des vormärzlichen Landtages vergleichen.

Im alten Landtage führte der Prälatenstand neun, im neuen wird er sechs Stimmen haben. Im Herrenstand hatten früher die Bischöfe von Gurk, Lavant und Laibach, die Abgeordneten des deutschen und Malteser-Ordens, die Fürsten von Schwarzenberg und Paar, 40 gräfliche und 30 freiherrliche Geschlechter, dann die ritterbürtigen Gutsbesitzer das Recht der Staatschaft. Den Besiz einer landtäflichen Realität konnte aber der Nachweis eines bei dem ständischen Domesticum angelegten Vermögens von 10.000 fl. ersetzen, und ebenso nahmen die eheichen Abstammlinge eines Landstandes, wenn sie auch kein solches Vermögen besaßen, ihren Platz bei dem Landtage ein. Dieses Ubergewicht des Adels ist in dem neuen Statute beseitigt. Der Bürgerstand war früher in Steiermark durch zehn Abgeordnete von sechzehn Städten und zwanzig Marktsiedeln repräsentirt. (Die Städte und Märkte eines jeden der fünf Kreise hatten je zwei Deputirte zu entsenden.) Nunmehr ist die Zahl der Städte-Abgeordneten allein auf zehn festgesetzt, wozu noch zwölf Abgeordnete aus sämtlichen übrigen Gemeinden des Landes kommen.)

## Verhandlungen des verklärten Reichsrathes.

Sitzung am 15. September 1860.

(Fortsetzung.)

Graf Clam las hierauf folgende Stelle des Berichtes vor:

„Uebergend auf die Vorschläge der Bedekung der Staatsauslagen hat im Allgemeinen das Komitee nach genauer Prüfung der einzelnen Bifferanzsätze, und zwar namentlich bei den Einnahmen keinen Anlaß gefunden, die Richtigkeit derselben zu beanstanden, weil was die directen Steuern und insbesondere die Grundsteuer betrifft, die präliminirten Beträge auf unumwandelbaren Grundlagen beruhen, alle übrigen Einnahmen hingegen von verschiedenen auf die Zu- oder Abnahme einwirkenden, höchst schwankenden Verhältnissen abhängen.“

„Rückichtlich der Ausgaben haben sich dem Komitee keine Bemerkungen ergeben, nachdem die in dieser Rubrik in den einzelnen Biffernen der Steuer-Administration vorkommenden Biffernen in dem bisher bestehenden Verwaltungs-Systeme ihre Begründung und in der von dem k. k. Finanzministerium dargelegten postenweisen Erläuterung ihre Rechtfertigung finden.“

„Abgesehen aber von der formellen Richtigkeit der einzelnen Ansätze, sah sich das Komitee aus Anlaß der über jeden Vorschlag stattgefundenen eingehenden Prüfung zu nachstehenden Allgemeinen Bemerkungen und Andeutungen veranlaßt.“

## Direkte Steuern.

„Die direkten Steuern sind bereits nach stattgefundener Erhöhung mittelst des Kriegszuschlages im





Vom k. k. Bezirksamte als Gericht wurde über das Gesuch des Herrn Anton Heradin die executive Feilbietung der dem Josef Carzydlo gehörigen Realitäten...

Vom Rzeszower k. k. Handelsgerichte wird hiemit bekannt gegeben, daß Rafael Galoti für die Nürnbergger Waarenhandlung in Rzeszów die Firma „Rafael Galoti“ protocollirt hat.

Vom k. k. Bezirksamte als Gericht wird über das Gesuch des Herrn Josef Koswiczki die executive Feilbietung der, der Barbara 1. Ehe Kolaczek 2. Strzemppek gehörigen Realitäten...

Vom k. k. Bezirksamte Biala als Gericht, wird bekannt gemacht, daß am 15. August 1860 Mathias Kamon, Gastwirth zu Komorowice ohne Hinterlassung einer letztwilligen Anordnung gestorben ist.

Vom k. k. Rzeszower Kreis-Gerichte wird mittels gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe Adrian August St. Mailly wider die Erben des Ignaz Smolowski, als: Adam Smolowski, Anton Gasowski, Jakob Gasowski, Michael Gasowski, Thomas Gasowski, Katharina de Gasowskie Hermanowa, Elisabeth de Gasowskie Biernolowa oder Sieraski...

Da der Aufenthaltsort der oberrühnten Belangten unbekannt ist, so hat das k. k. Kreis-Gericht zu deren Vertretung und auf deren Gefahr und Kosten den hiesigen Advokaten Hrn. Dr. Reiner mit Substituierung des Advokaten Hrn. Dr. Lewicki als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Vom Rzeszower k. k. Handels-Gerichte wird hiemit bekannt gegeben, daß Isaa Leib Rittermann die, für die Expeditions-Commandite in Rzeszów angemessene Firma: „I. L. Rittermann, Expeditions-Commandite in Rzeszów“ mit dem protocollirt hat, daß er diese Firma „I. L. Rittermann Commandite“, zeichnen wird.

Die kais. königl. priv. galizische



Carl Ludwig-Bahn

bringt zur allgemeinen Kenntniß, daß die Bahnstrecke von PRZEWORSK bis PRZEMYSL

mit den Stationen: Jaroslaw, Radymno, Zurawica und Przemyśl

am 4. November l. J. für Personen, Gepäck und Gilgüt, am 14. November l. J. aber für den Frachtverkehr, mit Ausnahme von Zurawica, eröffnet werden wird.

Zugleich wird bekannt gegeben, daß bei Eröffnung des Frachtverkehrs die zollamtliche Manipulation für Güter nach und aus dem Auslande von Rzeszów nach Przemyśl verlegt wird.

Von der k. k. priv. galiz. Carl Ludwig-Bahn.

Rundmachung

der kais. königl. priv. galizischen



CARL LUDWIG-BAHN.

Mit 1. Jänner 1859 tritt auf der k. k. priv. galiz. Carl-Ludwig-Bahn ein neuer Gebühre-Tarif in österr. Währung unter gleichzeitiger Einführung des Zoll-Centners als Gewichtseinheit in Kraft, welchem nachstehende Gebühre-Einheitsfäße zum Grunde liegen.

I. Gebühren für die Beförderung von Personen, Gepäck, Gilgütern, Equipagen, Pferden, Hunden. A. Personen-Fahrpreise. I. Classe 36 kr., II. Classe 27 kr., III. Classe 18 kr. pro Personen und Meile.

B. Separat-Personenzüge. Erste Meile 42 fl. — kr. Jede folgende Meile 15 = 75 = Bei Rückfahrt innerhalb 12 Stunden für jede Meile 5 = 25 =

C. Reisegepäck-Uebergewicht und Gilgüter. An Reisegepäck sind 50 Zollpfunde per ganze und 25 Zollpfunde per halbe Fahrkarte gebührens-frei. Die Gebühr für Gepäcks-Uebergewicht und Gilgüter beträgt per Fünftel Zoll-Centner und Meile 1 = 50 =

D. Equipagen. I. Classe 1 fl. 5 kr., II. I fl. 31.50 kr., III. Classe 1 fl. 57.50 kr., IV. Classe 2 fl. 10 kr. per Stück und Meile. E. Pferde. Für 1 Stück per Meile 1 = 5 =

F. Hunde. Für 1 Stück per Meile 1 = 31.50 = 2 = 52.50 = 1 = bei 3 oder mehreren Stücken per Stück und Meile 1 = 5.30 =

G. Allgemeine Versicherungsgebühr. Für Reisegepäck per Fahrkarte 1 = 7 = Equipagen, Pferde, Hunde per Stück 1 = 7 =

H. Entschädigungs-Beträge. Für Gepäck und Gilgüter per Zoll-Pfund 100 = = Equipagen per Stück 50 = = Pferde per Stück 10 = = Hunde 10 = =

I. Besondere Versicherungsgebühr. Bei Gepäck, Equipagen, Pferden und Hunden für je 100 Gulden Mehrwerth 5.30 = Aufnahmebahn 1.80 = Jede Anschlussbahn 2 = Bei Gilgütern für je 50 fl. Mehrwerth Aufnahmebahn 1 = Jede Anschlussbahn 1 =

II. Gebühren für die Beförderung von Frachten. A. Frachtpreise. I. Waaren-Classe per Zoll-Centner und Meile 1.95 = II. 2.34 = III. 3.90 =

B. Nebengebühren. Auf- und Ablagegebühr per Zoll-Centner 1.60 = Lagerpreis per Zoll-Centner 0.80 =

Waggegebühr per Zoll-Centner 1.60 = Aufnahmechein per Stück 3.50 = Frachtbrief-Blanquetten per Stück 2 =

C. Allgemeine Versicherungsgebühr. Per Zoll-Centner, Aufnahmebahn 0.80 = Jede Anschlussbahn 0.40 =

D. Entschädigungswert. Für einen Zoll-Centner 30 = = E. Besondere Versicherungsgebühr. Für je 50 fl. Mehrwerth, Aufnahmebahn 2 = = Jede Anschlussbahn 1 = =

Der hochortig genehmigte vollständige Gebührentarif ist auf allen Stationsplätzen angeschlagen, und bei den Expediten um den Preis von 15 kr. per Stück zu haben.

Von der k. k. priv. galiz. Carl Ludwig-Bahn.

Meteorologische Beobachtungen.

Table with 7 columns: Barom.-Höhe, Temperatur, Spezifische Feuchtigkeit, Richtung und Stärke des Windes, Zustand der Atmosphäre, Erscheinungen in der Luft, Aenderung der Wärme im Laufe d. Tage. Includes data for 27.9 and 29.6.

Impotenz, Unfruchtbarkeit, Rückenmarkschwinducht & heilt brieflich, schnell und sicher, gegen angemessenes Honorar, Dr. Wilhelm Gollmann, Wien, Stadt Nr. 557.

Wiener-Börse-Bericht

Table with 2 columns: Description of securities and their prices. Includes items like 'in Def. W. zu 5% für 100 fl.', 'aus dem National-Anleihen zu 5% für 100 fl.', etc.

Table with 2 columns: Description of securities and their prices. Includes items like 'er Nationalbank', 'er Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe', etc.

Table with 2 columns: Description of securities and their prices. Includes items like 'er Nationalbank', 'er Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe', etc.

Table with 2 columns: Description of securities and their prices. Includes items like 'er Nationalbank', 'er Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe', etc.

Table with 2 columns: Description of securities and their prices. Includes items like 'er Nationalbank', 'er Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe', etc.

Table with 2 columns: Description of securities and their prices. Includes items like 'er Nationalbank', 'er Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe', etc.

Table with 2 columns: Description of securities and their prices. Includes items like 'er Nationalbank', 'er Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe', etc.

Table with 2 columns: Description of securities and their prices. Includes items like 'er Nationalbank', 'er Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe', etc.

Table with 2 columns: Description of securities and their prices. Includes items like 'er Nationalbank', 'er Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe', etc.

Table with 2 columns: Description of securities and their prices. Includes items like 'er Nationalbank', 'er Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe', etc.

Table with 2 columns: Description of securities and their prices. Includes items like 'er Nationalbank', 'er Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe', etc.

Table with 2 columns: Description of securities and their prices. Includes items like 'er Nationalbank', 'er Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe', etc.



